Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 1. September 1926
Mittwoch Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5970—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Welt und Weer * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * Bild in Bilde

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

65. Jahrgang
1. 9. a
Nr. 407
10 Pfennig

Rumänisches Paktangebot an Rußland

Keine Klausel über die Unverfehrtheit der Grenzen

x. Bukarest, 1. 9. (Eigenbericht)

Wie die „Dimineanja" erfährt, hat die rumänische Regierung, um die Ruhe an der Ostgrenze zu sichern, der Sowjetrepublik einen Sicherheitspakt auf 10 Jahre vorgeschlagen, in dem die Unverfehrtheit der gegenwärtigen Grenzen nicht erwähnt wird. Innerhalb der 10 Jahre der Paktdauer sollen die schwebenden diplomatischen und Grenzstreitigkeiten bereinigt werden. Die Sowjetrepublik hat auf das Angebot noch nicht geantwortet.

Die Meldung kommt überraschend. Auch wenn sie in dieser Form nicht ganz der Wahrheit entsprechen sollte, kann sie (weil in einem oppositionellen Blatt erschienen) als

unverbindliche Anfrage Rumäniens

bei Rußland betrachtet werden. Seit der verunglückten Wiener Konferenz im Frühjahr 1924 hat sich die russische Regierung immer mehr auf den Standpunkt festgelegt, mit Rumänien nicht verhandeln zu können, solange es die Unversehrtheit seiner heutigen Grenzen zur Vorbedingung der Verhandlungen macht. Ein zehnjähriger Sicherheitspakt mit Rußland würde für diesen Zeitraum die gleichen Dienste leisten wie jene rumänische Bedingung, da Rumäniens befiedrohte Grenze einzig von seiten Rußlands bedroht ist. Die anderen Grenznachbarn (Polen und Italien) aufgenommen haben sich in dem sogenannten „Bessarabien-Protokoll" sogar zur Sicherheitsleistung für Rumäniens bessarabischen Besitz bereiterklärt. Die Schwierigkeit, Italiens Beitritt zu dieser Konvention zu erlangen, scheint Rumänien zur obigen Konzession bereitgemacht zu haben. Die Nichterwähnung der Grenzunversehrtheit wird hier als bedeutendes Entgegenkommen Rumäniens bezeichnet und stößt in nationalistischen Kreisen auf Widerspruch.

Die Vertragsverhandlungen mit Italien

schreiten günstig vorwärts. Der rumänisch-italienische Vertrag soll auf ähnliche Grundsätzen aufgebaut sein wie der italienisch-südslawische. Als bedeutsame Erweiterung soll eine Klausel hinzutreten, in der Italien, wenn auch indirekt, den Anschluß Bessarabiens an Rumänien anerkennt. Die letzte Glättung wird der Vertrag durch verspätete Verhandlungen Kvercesku mit Wassilski erhalten.

★

x. Bukarest, 1. 9. (Eigenbericht). Aus amtlichen Kreisen verlautet, daß ein rumänisch-österreichischer Schiedsgerichtsvertrag nach dem Beispiel des mit der Schweiz abgeschlossenen vor der Unterzeichnung stehe.

Militarisierung der rumänischen Studentenheime

x. Bukarest, 1. 9. (Eigenbericht)

Vor einiger Zeit wurden Pläne zur Militarisierung des Universitätsbetriebes in der Presse viel erörtert, die ein amtliches Dementi dem Für und Wider ein Ende machte. Nachträglich stellt sich nun heraus, daß das Problem, wenn auch in anderer Form, die amtlichen Stellen doch beschäftigt hat und zum Teil auch durchgeführt wird. Es handelt sich nicht um die Militarisierung der ganzen Hochschulerziehung, sondern um die Militarisierung der Erziehung in den sogenannten Studentenheimen (Caminen), in denen ein großer Teil der Studenten, und zwar der weitaus überwiegende Teil der aus der Provinz stammenden, untergebracht ist. Die Studentenheime werden erweitert werden und militärische Aufsicht, Dienstgrade und Leibesübungen in ihr Programm aufnehmen. Die Studenten werden zum Tragen der Uniform verpflichtet sein. Vorläufig wird die große Kaserne auf dem Bragadiru-Berg als militärisches Studentenheim eingerichtet und durch Aufsetzung eines neuen Stockwerks wesentlich größer vergrößert werden. Es ist bezeichnend, daß diese Pläne nicht vom Unterrichtsministerium, sondern vom Innenministerium ausgehen.

Scharfe Antwort Mexikos an Genf

Der Protest gegen Nicaraguas Beschwerde

Mexiko, 1. 9.

Infolge des bekannten Protestes der Regierung Nicaraguas bei dem Völkerbund gegen eine angebliche Einmischung in den Aufstand in Nicaragua hatte der Völkerbund Mexiko um Auskunft gebeten. Mexiko antwortete: „Mexiko ist nicht Mitglied des Völkerbundes und bedankt sich für Ihre Vorstellungen."

fr. Mailand, 1. 9. (Eigenbericht)

Der mexikanische Gesandte in Rom gab namens seiner Regierung eine Erklärung ab, worin Mexiko gegen die Art des erfolgten Vorgehens der Republik Nicaragua an den Völkerbund protestiert. Mexiko habe weder durch eine bewaffnete Einmischung noch in indirekter Weise in die Angelegenheiten Nicaraguas sich einzumischen versucht. Ein Kriegsschiff oder Handelsschiff namens „Concon" besitze Mexiko nicht. Was Sobanno den Bölkchund betreffe, so habe Mexiko als Nichtmitglied keineswegs im Sinne, sich mit dem Völkerbund irgendwie einzulassen.

Die mexikanische Gesandtschaft in Berlin verbreitet eine Erklärung des gleichen Inhalts.

★

New York, 1. 9. „Associated Press" meldet aus der Stadt Mexiko: Auf eine Beschwerde der deutschen Gesandtschaft hin ordnete das Außenamtes Amt eine Prüfung des Valenzuela-Blind „Die vier apokalyptischen Reiter" an, der hier zum ersten Male vorgeführt werden sollte. Es wird zu verstehen gegeben, daß die Vorführung verboten werden wird, falls die Polizei an der Uebergangung gelangt, daß das Lichtspiel das deutsche Volk verunglimpft.

Der Beschluß des Unterausschusses vor der Studienkommission

Bisher zustimmende Erklärungen der Delegierten

sch. Genf, 1. 9. (Eigenbericht)

Die Vollsitzung der Studienkommission für die Ratsreform ist um 11 Uhr vormittags vom Präsidenten Motta eröffnet worden. Spanien ist erschienen, Brasilien natürlich nicht. Der chinesische Vertreter erschien erst um 12 Uhr.

Motta erläuterte sehr ausführlich und in den vorsichtigsten Ausdrücken das Ergebnis der gestrigen Geheimsitzungen. Er bat dringend, einstimmig den

Beschluß der Unterkommission

anzunehmen. Dieser Beschluß, dessen Inhalt schon gemeldet wurde, lautet wörtlich:

Artikel I: Die nichtständigen Mitglieder des Rates werden für die Dauer von drei Jahren gewählt. Sie treten ihr Amt sofort nach ihrer Wahl an. Jedes Jahr wird ein Drittel der Mitglieder gewählt.

Artikel II: Ein ausscheidendes Mitglied kann während der auf den Ablauf des Mandates folgenden drei Jahre nicht wiedergewählt werden, es sei denn, daß die Bundesversammlung beim Ablauf des Mandates oder im Laufe dieser drei Jahre mit Zweidrittelmehrheit anders beschließt. Jedoch darf die Zahl der auf diese Weise wiedergewählten Mitglieder nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der im Rat sitzenden nichtständigen Mitglieder betragen.

Artikel III: Die Zahl der nichtständigen Mitglieder des Rates wird auf neun erhöht.

Artikel IV: Uebergangsbestimmungen.

§ 1. Im Jahre 1926 werden neun nichtständige Mitglieder des Rates von der Bundesversammlung in der Weise gewählt, daß drei für drei Jahre, drei für zwei und drei für ein Jahr gewählt werden.

§ 2. Von den im Jahre 1926 auf diese Weise gewählten neun Mitgliedern können durch eine Entscheidung der Bundesversammlung, die in besonderer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit zu treffen ist, höchstens drei für wiederwählbar erklärt werden.

§ 3. Die Eigenschaft der Wiederwählbarkeit, die im Jahre 1926 im Voraus einem oder zwei oder drei der alsdann gewählten Mitglieder etwa zuerkannt wird, läßt das Recht der Bundesversammlung unberührt, in den Jahren 1927, 1928 und 1929 auszusprechen anderer, alsdann aus dem Rat ausscheidender nichtständiger Mitglieder von der in Artikel II vorgesehenen Befugnis Gebrauch zu machen. Es besteht sich indessen, daß, sofern bereits drei Mitglieder 1926 die Eigenschaft der Wiederwählbarkeit besitzen, die Bundesversammlung von seiner Befugnis nur in besonderen Ausnahmefällen Gebrauch machen wird.

Der Vertreter Argentiniens

erinnerte an den grundsätzlichen Standpunkt seines Landes, daß es keinen Unterschied zwischen ständigen und nichtständigen Sitzen geben solle, aber da das vorliegende Projekt der Ueberwindung einer Krise und damit dem Frieden diene, erkläre sich Argentinien einverstanden. Lord Cecil äußerte größte Befriedigung über den französischen Vorschlag und erinnerte an die Tatsache, daß die Studienkommission nur Vorschläge zu machen habe, während die Entscheidung dem Rat und der Völkerbundsversammlung allein obliege. Cecil war bemüht, alle Empfindlichkeiten zu schonen, und erinnerte daran, wie sehr besorgt der deutsche Vertreter schon im Mai gewesen sei, daß das Recht der Völkerbundsversammlung voll ausgeübt erhalten bleibe. Er fand überzeugende Worte für Spanien und dessen Forderungen; für die Erfüllung dieser Forderungen sollten die wiederwählbaren Sitze geschaffen und ihre Bedeutung möglichst erhöht und verbessert werden. Er empfahl einstimmige Annahme des Projektes.

Der Japaner Sato, Gesandter in Portugal, hielt es für praktisch, wenn ein genaues Datum für den Amtsantritt des Rates festgesetzt wird und nicht bloß ein so unbestimmtes wie gegenwärtig. Einen Antrag stellte er nicht.

Der Schwede Sjöborg

erinnerte an die Grundsätze Schwedens und auch an die Wünsche jedes einzelnen, Opfer zu bringen. Das gegenwärtige Projekt, obwohl ihm trotz der Verbesserungen weniger als das Maiprojekt, aber er bringe das Opfer, zuzustimmen, unter der Bedingung, daß die Annahme einstimmig ist und damit die Krise gelöst werde. Der Tschecho-Slowake Beneschs erklärte die volle Zustimmung der Tschechoslowakei, deren Wünsche in dem Projekt weitgehend zum Ausdruck kämen. Es sei besser als alles bisherige und die bestmögliche Lösung überhaupt. Der Italiener Scialoja begann mit einigen ironischen bissigen Bemerkungen, erklärte sich dann aber mit dem unzugeschnittenen Projekt einverstanden, das jedoch nur eine Uebergangsbestimmung sei und der gegenwärtigen Weltlage entspringe. Er bat Spanien dringend, dieses Ergebnis reichlich zu genießen und sich nach so langer erfolgreicher Mitarbeit im Völkerbund nicht von diesem zu trennen. Diese Ausführungen mochten einen sehr großen Eindruck.

Schao-Schin, Gesandter Chinas, wünschte, daß die Kommission den Anspruch Chinas auf einen wiederwählbaren Sitz ausdrücklich anerkenne. China sei damit zufrieden, ohnmar es auf einen dauernden Sitz als Ständiges Sitze. Aber die Feststellung der Rechte Chinas auf einen wiederwählbaren Sitz solle schon die gegenwärtige Kommission aussprechen; zu diesem Zweck sei sie zusammengetreten.

Um 1.15 Uhr ergriff der Minister Polens, Sokal, das Wort.

Deutschfeindliche Londoner Tendenzmeldungen

ex. London, 1. 9. (Eigenbericht)

Der gestrige Kompromißschlag des Genfer Unterkomitees, nach dem der einzige neue Ratssitz an Deutschland fallen soll, wird in der Presse noch, kaum kommentiert. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" macht heute morgen noch einen letzten Versuch, diesen Kompromiß zu hintertreiben und hetzt die kleinen Nationen dagegen auf, da das System der Wiederwählbarkeit einen Unterschied zwischen den kleinen Nationen schaffen werde. Noch weiter geht der locarnofeindliche „Daily Express", der sich aus Genf melden läßt, Polen und Spanien seien mit halbständigen Sitzen nicht zufrieden und würden im letzten Augenblick bei der Aufnahme Deutschlands Genf verlassen, falls nicht in letzter Stunde Italien den Eintritt Deutschlands verhindere. Es handelt sich hierbei um Tendenzmeldungen der völkerbundsfeindlichen und imperialistischen Kreise. Die liberale Presse sieht den Erfolg der Genfer Tagung als gesichert an, und „Westminster Gazette" bringt bereits auf der ersten Seite ein Bild von Fran Stresemann und berichtet, daß sie auf der kommenden Völkerbundssitzung als Gastgeberin auftreten werde.

Die gestrigen Ergebnisse

sch. Genf, 1. 9. (Eigenbericht)

Die Ergebnisse der beiden gestrigen geheimen Sitzungen des Unterkomitees der Studienkommission, die, wie gemeldet, mehr als sieben Stunden dauerten, beschäftigten die beteiligten Kreise noch bis tief in die Nacht hinein und bilden noch heute morgen das Hauptthema der Politiker. An den Beratungen des Unterkomitees haben von 14 Delegierten 13 teilgenommen, und nur Spanien war nicht vertreten. Um so mehr kämpfte Polen für den beiden Staaten gemeinsamen Zweck.

Der polnische Vertreter beim Völkerbund,

Minister Sokal, hatte im Mai bei Beratung der ersten Lesung größte Zurückhaltung üben müssen. Damals stürzte in Polen Pilsudski die alte Regierung, was in Völkerbundskreisen starken Eindruck machte. Die gegenwärtige polnische Regierung hat das Parlament kaltgestellt und zeigt anders für die Rechte der Völkerbundsversammlung keine Sympathien. Im Laufe der heute bevorstehenden Sitzungen der Studienkommission wird Pilsudski, ob der polnische Außenminister Zaleski, der in Lausanne weilt, mit der vorsichtigen Stellungnahme Sokals einverstanden war.

Zu der Frage der Uebergangsbestimmungen für die erste Auswahl der wiederwählbaren Sitze ist hauptsächlich

durch Deutschland das Recht der Bundesversammlung gewahrt

worden, und die beantragte Streichung des von der ersten Tagung stammenden Aberufungsrechtes der Bundesversammlung gegenüber sämtlichen nichtständigen Sitzen erscheint begründet, da die Bundesversammlung kraft des mit Zustimmung des Artikels 4 der Satzung volle Souveränität besitzt.

Schließlich dürfte der zweite Teil der Beratungen der Studienkommission werden, wenn die Frage der Zahl der ständigen Sitze endlich angeschnitten werden muß. Gleichzeitig wird das Scheiten der von Spanien gewünschten Tangerkonferenz offiziell bekannt. Man kann auf die Haltung Spaniens gespannt sein. Chamberlain ist nach Frankreich Aufenthalt in Paris bereits hier angekommen; Briand wird erst für morgen erwartet. Man kann dagegen schon für heute die Eintreffung des in Rigaer-Baltikum weilenden englischen Ministerpräsidenten erwarten. Es ist zu hoffen, daß Spaniens Empfindlichkeit möglichst geschont wird, damit es nur den brasilianischen Vorschlag zum Zuni und nicht vom März folge. Gegenwärtig scheint es noch immer, als ob der vorteilhafteste Einfluß auf Spanien von Italien ausgeübt würde.

Gemäßigte Tonart in Bukarest

x. Bukarest, 1. 9. (Eigenbericht)

Hinsichtlich der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zeigt die Presse eine weit gemäßigtere Tonart als im März dieses Jahres. Damals wurde die Forderung Polens auf einen ständigen Ratssitz mit größter Hartnäckigkeit vertreten. Diesmal ist von Polen weniger die Rede als von dem nichtständigen Ratssitz für die Kleinen Entente, den man, da die Tschechoslowakei ausscheide, gern Rumänien zufallen lähe. Da auf der Konferenz von Velbes (Eibe) hierüber nicht Beschluß gefaßt wurde, ist die innere Gewißheit, den Ratssitz zu erlangen, weniger groß als die nach außen zur Schau getragene Sicherheit. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund wird mehr oder weniger als sicher angesehen, da man auch hier eine zweite Blamage wie im März als peinlich empfinden würde.

Benesch über die Haltung der Tschechoslowakei

kbg. Wien, 1. 9. (Eigenbericht)

Dr. Benesch empfing gestern tschechische Pressevertreter, denen er seinen Standpunkt über die kommende Völkerbundstagung darlegte. Obwohl Benesch um vertrauliche Behandlung seiner Mitteilungen ersuchte, kann wohl gesagt werden, daß er sich eine Losung der Rätsche dahin denkt, Spanien und Brasilien den Weg zu ebnen, nach Erlöschen ihrer Mandate zu garantieren. Bezüglich der Tangerforderung Spaniens vertrat Benesch die Meinung, daß man für die Mitarbeit im Völkerbund besondere Honorierungen nicht gewähren könne. Die Tschechoslowakei habe das regste Interesse, daß die Frage gelöst werde, und werde die von Spanien, Polen und Brasilien erhobenen Forderungen in jenem Maße unterstützen, das den realen Interessen entspreche. **Die Aufnahme des Deutschen Reiches in den Völkerbund halte er für eine Hauptbedingung.**

Die dänische Völkerbundsdelegation

dh. Kopenhagen, 1. 9. (Eigenbericht)

Bei der bevorstehenden Delegiertenversammlung des Völkerbundes wird Dänemark durch den Außenminister Grafen Molkte, den dänischen Gesandten in Berlin Zahle und den Folketingsabgeordneten Dr. Moltesen vertreten werden. Zum Stellvertreter des Ministers des Auswärtigen wurde der Sozialminister Borgbjerg ernannt.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Rußlands Stellung zur Tangerfrage

Italienische Vorwürfe gegen Frankreich

a. Paris, 1. 9. (Eigenbericht)

Eine Meldung der Agentur Tass aus Moskau besagt, daß Sowjetrußland für den Fall, daß Spanien auf einer Revision des Algeciras-Abkommens bestände, das auch die Unterschrift Rußlands trägt, die Sowjetregierung keinerlei Abänderungen ohne seine Zustimmung anerkennen werde.

fr. Mailand, 1. 9. (Eigenbericht)

Der römische „Lavoro" schreibt zu der französischen Stellungnahme in der Tangerfrage mit Bezug auf Italien, daß die Politik des Quai d'Orsay ein auffälliges Bedürfnis Italien zu zeige. Die Pariser Politik der letzten Zeit lehne ihre Orientierung vollständig verloren zu haben. Während sie jedem deutschen Einfluß offensteht, beginne sie sich gegen Italien zu richten. In Paris verweichle man offenbar den Osten mit dem Süden. Die offene Rheingrenze beunruhige in Paris weniger als die Alpengrenze gegen Italien.

„Tribuna" schreibt anläßlich der letzten Erklärungen des Ministerpräsidenten, es sehe immer mehr fest, daß die Tangerfrage weder direkt noch indirekt mit der Frage der Völkerbundsratssitze in Verbindung gebracht werde. Tanger sei eine Frage, die nur die Mittelmeermächte angehe und die auch nicht ohne Italien gelöst werden könne.

Italiens Uebervölkerung und das Tanger-Problem

a. Paris, 1. 9. (Eigenbericht)

Chamberlain verhandelte gestern hier auf der Durchreise nach Genf mit dem spanischen Botschafter Quinones de Leon. Das Tangerproblem bildet also weiterhin eine Hauptsorge der europäischen Staatskanzleien, um so mehr, als die spanischen Wünsche von der italienischen Absicht begleitet zu scheint scheinen, eine Marokkokonferenz der vier Mächte England, Frankreich, Spanien und Italien einzuberufen und diese Zusammenkunft zu einer Konferenz über das Problem der italienischen Uebervölkerung auszubauen. Die Notwendigkeit einer Aussprache über dieses Problem wird schon seit langem von der französischen Oeffentlichkeit betont. Heute meint der „Matin", wenn Italien in Uebereinstimmung mit den anderen Staaten, deren Besitzstand sich in den Grenzen des eigenen Staates eingeschränkt fühle, das Uebervölkerungsproblem vor den Völkerbund bringe, es aufmerksame Ohren finden werde. Es sei auch entschieden besser, diese Aussprache endlich zu erfüllen, als Italien Gelegenheit zu lassen, bei allen möglichen Anlässen in Verzinsungen einzugreifen, an denen es sich für desinteressiert erklärt habe.

Der „Petit Parisien" will wissen, daß Chamberlain und Briand entschlossen seien, jeden Angriff auf das Werk des Völkerbundes durch engste Zusammenarbeit zu vermeiden; sie würden es keineswegs zugeben, daß die Diskussion des Tangerproblems sich auch auf andere Mächte ausdehne als auf jene, die unmittelbar an der Frage interessiert seien. Das „Journal" schmückt diese Nachricht dahin ab, daß Briand und Chamberlain zunächst nur eine Konferenz zwischen Spanien, Frankreich und England beabsichtigten.

Plan für ein neues spanisches Parlament

Eine Erklärung des Ministerpräsidenten Primo de Rivera

a. Paris, 1. 9. (Eigenbericht)

Nachrichten aus englischer Quelle wollen wissen, daß im Zusammenhang mit den Gerüchten über Unruhen in Spanien, denen Differenzen zwischen Primo de Rivera und den Artillerieoffizieren über die Frage der Beförderung zugrunde liegen, Primo de Rivera selbst seine Demission dem König angeboten habe. Der König habe die Demission jedoch bis zur Beilegung des Konflikts mit der Artillerieoffizieren abgelehnt. Eine offizielle Meldung aus Madrid bestätigt, daß die Lage Ruhe bewahre und sagt, daß die im Ausland verbreiteten Gerüchte jeder Grundlage entbehren. Die Notiz betont folgendes, daß die innern Angelegenheiten Spaniens mit größter Vorsicht und Sorgfalt geregelt würden.

Die gestrigen Alarmnachrichten aus Spanien werden von der Presse heute dementiert. Die Madrider Berichterstatter melden, daß im Lande alles ruhig und an den Sturz der Regierung Primo de Rivera nicht zu denken sei, daß vielmehr seine Autorität im Lande durch die von ihm erhobene Forderung der Einverleibung der Tangerzone gestärkt sei.

★

General Primo de Rivera erklärte einem Vertreter der „Chicago Tribune", die repräsentative Versammlung, die mit der gegenwärtigen Regierung zusammenarbeiten solle, werde im Oktober einberufen werden. Um das Land langsam wieder zu bereit drei Jahren ausgeschalteten verfassungsmäßigen Regime zurückzuführen, beabsichtige er, eine beratende Versammlung zu schaffen, die die wichtigsten Interessengruppen vertreten, jedoch die alten politischen Parteien nicht wieder zur Macht gelangen lassen würde. Diese Versammlung, der möglicherweise auch Frauen angehören würden, hätte mit dem Ministerrat in der Gesetzgebung zusammenzuarbeiten und würde ein Recht auf Auskunftserteilung besitzen.

---

a. Paris, 1. 9. (Eigenbericht). Von französischer zuständiger Seite wird die Nachricht von der Ernennung des früheren französischen Botschafters in Washington, Daeschner, zum Botschafter in Angora als Nachfolger des zum Finanzminister ernannten Albert Sarraut bestätigt.

Der Yangtse durch Minen gesperrt

Englische und japanische Kriegsschiffe beschossen

sx. London, 1. 9. (Eigenbericht)

Ueber die von Kanton behauptete Einnahme Hankaus durch die Nationalisten liegen heute morgen noch keine weiteren Nachrichten vor. Ein Telegramm der „Chicago Tribune", das am Dienstag abgeschickt wurde, meldet, daß die rote Kantonarmee die Provinz Hanan völlig im Besitz habe und den ausländischen Konsulatsbeamten Mitteilung gemacht habe, daß der Yangtse zwischen Hankau und Changsa durch Minen gesperrt sei, um ausländischen Schiffen das Fahren nach Hankau flußaufwärts unmöglich zu machen.

Britische und japanische Schiffe sind, wie gemeldet wird, auf dem Yangtse bei dem Versuch, flußaufwärts zu fahren, beschossen worden. Als dieses Telegramm abgeschickt wurde, war Hankau noch im Besitz der Truppen Wu Pei-fus.

Die englische Regierung hat in Peking zwei Noten übereichen lassen. Die eine warnt sich gegen den Versuch, eine chinesische Anleihe auf Grund der Einnahmen der Seezollverwaltung aufzunehmen, die andere Note fordert Wiederherstellung des Zivildienstes der chinesischen-Yukow-Eisenbahnlinie. In Swatau ist es zu einem neuen Zwischenfall zwischen Streikposten und dem Seezollkommissar gekommen. Streikposten haben eine der British-American-Company gehörige Tabakladung beschlagnahmt, worauf der Seezollkommissar die Schließung des Hafens von Swatau angeordnet hat, falls die Ladung nicht freigegeben werde. Das ist bisher nicht geschehen.

Finanzbesprechungen in Paris

Revision des Schuldabkommens mit Amerika unwahrscheinlich

a. Paris, 1. 9. (Eigenbericht)

Ministerpräsident Poincaré konferierte gestern nachmittag mit dem Minister für öffentliche Arbeiten Tardieu über die Neuorganisation der Sachlieferungen. In den übrigen Stunden hatte Poincaré eine Besprechung mit dem amerikanischen Schatzkanzler Mellon und mit dem früheren amerikanischen Kriegsminister Hughes. Hughes begegnete sich bereits vor wie nach der Unterredung mit Poincaré, Auskunft über die Besprechung zu geben. Vorher hatte Hughes auch eine Aussprache mit Briand, Mellon, der noch einige Tage in Paris bleibt, will sich jedoch nach London begibt, betont, daß sein Besuch bei Poincaré und Briand rein privaten Charakter gehabt habe. Die Unterredungen haben also sicherlich hinsichtlich einer Revision des französisch-amerikanischen Schuldabkommens zu keinerlei günstigen Ausblicken geführt. Das den Militärkreisen nahestehende „Echo de Paris" meint denn auch hinsichtlich der Schuldensfrage, der Reparationen und der Hilfe des amerikanischen Geldmarktes, daß alles darauf ankomme, ob Amerikaner zu zeigen, daß Frankreich nötigenfalls nicht ohne das amerikanische Kapital angewiesen sei. Wenn der Beweis dieser Unabhängigkeit gegeben werden könnte, so wäre ein gut Teil des französisch-amerikanischen Schuldabkommens von selbst überholt.

Die Vorzugsaktien der belgischen Bahn

Brüssel, 1. 9. (Sonderdienst der DAZ)

Die Zeichnungen auf die Vorzugsaktien der belgischen Eisenbahngesellschaft belaufen sich nach amtlicher Mitteilung bis heute auf 4863 Millionen Franken. Davon stammt allein die größte Teil, nämlich 4375 Millionen Franken, aus dem zugangsmäßigen Austausch von Schatzanweisungen gegen Eisenbahnaktien. Aus den Zeichnungen in der Schweiz und in Holland sind 410 Millionen, aus Barzeichnungen in Belgien nur 79 Millionen Franken eingekommen. Die Zeichnung war am 9. August aufgelegt worden. Das gesamte Aktienkapital beträgt 11 Milliarden Franken. Der Verwaltungsrat der Eisenbahn hat beschlossen, beim Eisenbahnministerium um Genehmigung der Verbindung um 25 Prozent zu beantragen.

Julideficit des ungarischen Finanzministeriums

kbg. Wien, 1. 9. (Eigenbericht)

Aus dem soeben erschienenen Monatsbericht des ungarischen Finanzministeriums geht hervor, daß das Staatsbudget im Monat Juli mit einem Defizit von 54 Millionen Kronen schließt. Das Defizit im Monat Juli des Vorjahres betrug 9,4 Millionen Goldkronen. Die Staatseinnahmen im Juli betrugen 44,1 Millionen, davon 20,6 Millionen auf die für den Zinsendienst der Völkerbundsanleihe gesperrten Einnahmen entfallen. Auf Konto der Völkerbundsanleihe standen am Ende Juli 80,5 Millionen zur Verfügung. Der Außenhandelsverkehr hat im ersten Halbjahr 1926 sowohl bei der Einfuhr als auch bei der Ausfuhr um etwa 10 % zugenommen, womit sich das Passivum der Außenhandelsbilanz um ungefähr 8 Millionen erhöht. Die Spareinlagen bei den großen Budapester Geldinstituten haben im Juli um 6—8 % zugenommen.

Erdstöße

München, 1. 9. Gestern mittag 12,41 Uhr verzeichnete der Seismograph der Münchener Erdbebenwarte ein ziemlich heftiges Erdbeben, dessen Herd etwa 1570 Kilometer südwestlich von München entfernt lag.

Rom, 31. 8. Gestern mittag wurden in Bari und Ancona leichte Erdstöße von einigen Sekunden Dauer verspürt.

Horta (Azoren), 1. 9. Durch den Erdstoß auf den Azoren wurde bedeutender Sachschaden angerichtet. Sechs Personen wurden getötet und viele verletzt. Zahlreiche Häuser wurden zerstört. Mehrere Straßen weisen Risse auf. Die erschreckte Bevölkerung kampiert auf den öffentlichen Plätzen.

Zur Kriegsschuldfrage

Eine neue Rückzugsposition der Ankläger Deutschlands

Von

Graf Max Montgelas

Das Anklagegesuch der Entente gegen die Zentralmächte war anfangs hauptsächlich auf der Umarbeitung aufgebaut. Daß Oesterreich-Ungarn zuerst von allen Großmächten die allgemeine Mobilmachung angeordnet habe. „Wenn das Gegenteil bewiesen werden könnte" — so ungefähr stand es in den ersten Anklageschriften —, „dann müßte die Anklage gegen Deutschland und seinen Verbündeten fallengelassen werden."

Als dann das „Gegenteil" bewiesen war, als ferner bewiesen war, daß die Mobilmachung des Restes des österreichischen Heeres schon durch die Teilmobilmachung Rußlands sogar noch strengsten pazifistischen Grundsätzen geboten gewesen wäre, tauchte die Ehre auf, die russische Generalmobilisation sei durch eine irrige Meldung über die deutsche Mobilmachung provoziert worden. Es war eine höchst sonderbare Auffassung, daß eine Zeitungsnachricht über die Mobilmachung eines Nachbarstaates die eigene Mobilmachung rechtfertige. Zudem war die Behauptung falsch; auf Grund der Zeugnisse des russischen Generalstabes erklärt auch der Dozent an der Pariser Sorbonne, Pierre Renouvin, die absurde Legende für „erledigt".

Nunmehr erscheint eine dritte Leseart der Anklage. Sie geht dahin, die deutsche Regierung sei schon vor Kenntnis der allgemeinen russischen Mobilmachung entschlossen gewesen, am 31. Juli eine Aufforderung an Rußland zur Einstellung seiner Rüstungen zu richten und den Zustand drohender Kriegsgefahr zu erklären. Die kurz vor Mittag in der Wilhelmstraße eintreffende amtliche Nachricht über die Mobilmachung der gesamten russischen Armee und Flotte sei nur als „willkommene Begründung" eines ohnehin schon gefaßten Beschlusses aufgenützt worden.

Zunächst wäre ein solcher Zusammenhang, selbst wenn er richtig wäre, in keiner Weise eine Entlastung für den Schritt Rußlands bedeuten. Ferner hat sodann eine eingehende Studie auf Grund zum Teil neuen Materials den überzeugenden Nachweis erbracht, daß „ohne das frühzeitige Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung man sich in Berlin noch am 31. Juli noch nicht an entschiedenen Maßnahmen entschlossen hätte".*) Endlich müßte, wenn die neue Leseart zuträfe, gleich vielen anderen verdreht erscheinen, jedoch nicht vermeinten Umstäßen ebenso wie jenen ein Entwurf für die am 31. Juli angeblich geplante Note an Petersburg in den Akten des Auswärtigen Amtes sich vorfinden. Diese enthalten indessen lediglich die am 3 Uhr 30 nachmittags abgesandte, ausschließlich mit der russischen Gesamtmobilmachung begründete Ultimatum. Ebenso kennt die Begründung in den amtlichen Telegrammen an die Botschaften in Wien, London, Paris und Rom, in den Kaisertelegrammen an den König von England und den Zaren, endlich im amtlichen Entwurf des Kaisertelegramms an den Herrscher von Oesterreich. Somit beweisen nicht weniger als acht Dokumente, daß ausschließlich die russische Maßnahme die am 31. Juli in Berlin getroffenen Gegenmaßnahmen veranlaßt hat.

Von der neuen Lesart hat Herr Eduard Bernstein im Kammerjäger „Volkswillen" vom 1. August folgende irrige Schlüsse übernommen:

1. Die deutsche Regierung habe „den seit 1888 öffentlich bekannten Bündnisvertrag mit Oesterreich heimlich — ohne es selbst den beiden Bundesgenossen Italien und Rumänien mitzuteilen — durch die Militärkonvention in seinem wesentlichen Punkte, nämlich im Bündnisfalle, zugunsten einer Balkanoffensive Oesterreichs abgeändert".

Tatsache ist, daß eine Militärkonvention ähnlich der französisch-russischen mit Verpflichtungen zu gleichzeitiger Mobilisierung zwischen Deutschland und Oesterreich überhaupt nicht bestand. Die im Jahre 1888 nach 1888 vorgenommene Aenderung des deutschen Kriegsplanes — entscheidende Offensive im Westen, daher im Osten statt eines Drittels nur ein Neuntel des deutschen Heeres — konnte Oesterreich nur zu größerer Zurückhaltung mahnen. Denn es ist klar, daß man in Wien die Gefahr eines Krieges noch mehr scheuen mußte, wenn Deutschland gezwungen war, seine deutsche Divisionen gegen Rußland ausmarschieren.

2. Deutschland sei „durch diese Militärkonvention verpflichtet gewesen, Oesterreich auch im Falle einer durch Oesterreich provozierten Mobilmachung Rußlands gegen Oesterreich mit seiner gesamten Armee beizustehen".

Tatsache ist, daß Generaloberst v. Moltke am 10. Februar 1913 auf ein, den Gedanken des Präventivkrieges gegen Rußland erörterndes Schreiben des Generalleutnants des Generalstabschefs die Antwort gegeben hat: Es sei zwar Pflicht, sich auf einen Krieg mit Rußland vorzubereiten, „der Angriff müsse aber von den Russen ausgehen". Tatsache ist ferner, daß die deutsche Regierung am 27. Juli 1914 Frankreich und England die Zusage gegeben hat, Deutschland werde im Falle einer nur gegen Oesterreich gerichteten russischen Mobilmachung noch nicht mobilisieren. An diese Zusage hat die politische Leitung trotz des vom militärischen Standpunkte voll gerechtfertigten Drängens des Generalstabes beharrlich festgehalten. Noch am Morgen des 31. Juli mußte Moltke einem Offizier Gegenfragen erklären: „Ich muß Gewißheit haben, ob tatsächlich gegen uns falls nicht nur gegen Oesterreich, sondern auch gegen Deutschland mobilgemacht wird. Früher kann ich keinen Mobilmachungsbefehl erwirken."

3. Die deutsche Regierung sei „nicht zum Schutze der Sicherheit des Deutschen Reiches, sondern zur Rettung der durch eine falsche Innen- und Außenpolitik erschütterten Großmachtstellung Oesterreichs in den Krieg gezogen".

---

*) Oberarchivrat v. Schäfer: „Generaloberst v. Moltke in den Tagen vor der Mobilmachung" im Augustheft der „Kriegsschuldfrage" S. 614 bis 649.